



Antrag

der Abgeordneten **Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheits- und Pflegebereich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Auswirkungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes auf den unter drastischem Fachkräftemangel leidenden Gesundheits- und Pflegebereich zu berichten und sich im Bund für die Beseitigung von erkannten Fehlentwicklungen einzubringen.

Begründung:

Ob Pflegekraft, medizinisch-technische Assistentin bzw. medizinisch-technischer Assistent (MTA) oder Medizinerin bzw. Mediziner – immer mehr Kliniken, Pflegeheime und medizinische Einrichtungen haben Probleme bei der Personalgewinnung. Dies hat zu einem wachsenden Markt von Personalvermittlungsagenturen geführt.

Immer mehr medizinische Einrichtungen beklagen nun, dass diese in großem Stil Stammpersonal mit weit überhöhten Gehaltsangeboten abwerben, bei sich anstellen und im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung einsetzen. Diese Praxis widerspricht im Grunde dem Kerngedanken des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Darüber hinaus fallen im Rahmen dieser Tätigkeit sehr hohe Vermittlungsprovisionen an. Diese Entwicklung schwächt unsere ohnehin belasteten Pflege- und Gesundheitseinrichtungen in personeller, organisatorischer, aber auch betriebswirtschaftlicher Hinsicht.